

dem man ihn nach Abschluss des Ratifizierungsverfahrens in den anderen Mitgliedstaaten der französischen und niederländischen Bevölkerung nochmals vorlegt, sind als «Ausdruck von Realitätsverweigerung» bezeichnet worden.⁴ Wege aus der Verfassungskrise sind nicht in Sicht.⁵ Jetzt rächt sich die Verfassungsrhetorik.⁶ Das gilt für das Ergebnis der Referenden, die durch die Aufladung mit dem Verfassungsbegriff mit einem höheren Risiko belastet wurden, wie für die Folgen eines Nein. Die Ablehnung einer erstmals vorgelegten «Verfassung» und der mit ihr assoziierte Schritt in eine staatsähnlichere Gemeinschaft wiegt schwerer als ein Nein zu einer «normalen Vertragsänderung». Die EU ist «fürs erste ein kranker Riese».⁷ Dies ist zunächst einmal hinzunehmen. Nichts wäre falscher, als das Nein zum Verfassungsvertrag hinter einer «Referendumsschelte» verstecken und den Schaden dadurch klein reden zu wollen.⁸ Die EU ist mit einem politischen Debakel und einer ernsthaften Akzeptanzkrise europäischer Politik konfrontiert. Antieuropäische Kräfte und sachfremde Motive wie die Gelegenheit zur «Bestrafung» der Regierung mögen in einem schwer einschätzbaren Masse mitgespielt haben. Sie erklären aber nicht die Deutlichkeit der Ablehnung.⁹ Zu einem

-
- 4 Joachim Schild, Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, *Integration* 28 (2005), S. 187 ff. (187) mit Hinweisen auf entsprechende Äusserungen von Jean-Claude Juncker und Valéry Giscard d'Estaing.
- 5 Mathias Jopp/Gesa-S. Kuhle, Wege aus der Verfassungskrise – die EU nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, *Integration* 28 (2005), S. 257 ff.
- 6 Kritisch seit vielen Jahren der Berliner Verfassungsrechtler Dieter Grimm, zuletzt in *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* vom 12. Mai 2005, S. 6 («Der Vertrag: Die «europäische Verfassung» ist keine echte Verfassung - aus der Europäischen Union wird kein Bundesstaat»).
- 7 So der Berliner Europarechtler Ingolf Pernice auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (Anm. 2).
- 8 Entsprechende Äusserungen finden sich zuhauf. So hat etwa der Bonner Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt drei «Auswege aus der Sackgasse» vorgeschlagen: 1. Wiederholung der Referenden in Frankreich und den Niederlanden, verbunden mit Opting-out-Klauseln; 2. Enthaltung Frankreichs und der Niederlande im Europäischen Rat; 3. Kürzung der Verfassung zumindest als Opting-out für Frankreich und die Niederlande. Siehe *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* vom 8. Juni 2005 («Auswege für die EU aus der Sackgasse»). Dagegen zurecht der Hannover'sche Europarechtler Ulrich Haltern, «Die EU ist in keiner Sackgasse. Plädoyer für ein Nachdenken über das Integrationsziel», *NZZ* vom 10. Juni 2005, S. 9.
- 9 Die Beteiligung bei dem Referendum in Frankreich lag bei rund 70 Prozent, beim Referendum in den Niederlanden bei 63,9 Prozent. In Frankreich stimmten 54,87 Prozent und in den Niederlanden 61,6 Prozent gegen die Verfassung.